

Wissenschaft und Praxis im Dialog.

Denis van de Wetering, Ellen Schwind und Jonas Dau

Tätigkeitsbereiche, Zielsetzungen und
Aspekte einer heterogenen Praxis-
landschaft im Themenfeld
Rechtsextremismus.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Inhaltsverzeichnis

| | |
|----|--|
| 2 | Einführung |
| 3 | Vorbereitung zur Online-Befragung von Praktiker*innen im Themenfeld Rechtsextremismus |
| 3 | Organisatorische Anbindung, Beschäftigungsverhältnis und Förderung |
| 4 | Tätigkeitsbereiche |
| 10 | Ziele der Arbeit bzw. des Engagements |
| 12 | Aspekte des Rechtsextremismus |
| 15 | Resümee |

Einführung

Der folgende Kurzbericht bietet einen ersten Einblick in die Ergebnisse der umfangreichen Befragung von Akteur*innen der politischen Bildung, der Demokratiewerk, der Prävention und der Intervention im Themenfeld Rechtsextremismus. Diese Befragung wurde von der Plattform Transfer im ersten Projektjahr des Wissensnetzwerk Rechtsextremismus (Wi-REX) durchgeführt. Zunächst geben wir einen kurzen Einblick, wie die von uns erreichten Praktiker*innen strukturell eingebunden und organisiert sind. Ebenso werfen wir einen Blick auf die Förderung von Projekten und Maßnahmen im Bereich Rechtsextremismus. Der Schwerpunkt des Berichts liegt jedoch auf den Tätigkeitsbereichen der Praktiker*innen, den Zielen ihrer Arbeit bzw. ihres Engagements sowie den Aspekten des Rechtsextremismus, die in ihrer Arbeit häufig eine Rolle spielen

Vorbereitung zur Online-Befragung von Praktiker*innen im Themenfeld Rechtsextremismus

Im Zusammenhang mit den Vorarbeiten zur Online-Befragung sind zwei Austauschveranstaltungen zu nennen. In diesen sind wir als Wissenschaftler*innen mit der Praxis im Themenfeld der Rechtsextremismusforschung auf Tuchfühlung gegangen (vgl. dazu ausführlich van de Wetering, 2024). Wir haben uns zum einen mit den Praktiker*innen über Dynamiken und aktuelle Entwicklungen im Bereich der extremen Rechten ausgetauscht. Zum anderen stand das quantitative Erhebungsinstrument der Transferplattform im Mittelpunkt. Zusätzlich wurde das Instrument in einem Pretest auf Herz und Nieren geprüft. An diesem „Probelauf“ nahmen sowohl Wissenschaftler*innen als auch Praktiker*innen aus der Mobilien Beratung, der Betroffenenberatung, der politischen Bildung, der Demokratieförderung und der Präventionsarbeit teil. Aus den Vorarbeiten haben wir wesentliche Ansatzpunkte für die Gestaltung des Fragebogens, dessen Themen- und Schwerpunktsetzung, die Frageformulierungen und die verwendeten Begrifflichkeiten gewonnen. Zudem konnten wir Richtwerte für eine zumutbare Beantwortungszeit und den Zeitpunkt der Befragung ermitteln. Diese Faktoren spielen für die Akzeptanz, die Reichweite und den Rücklauf der Online-Befragung eine relevante Rolle. Um die Struktur der Praxislandschaft systematisch zu eruieren, wurde neben einer intensiven Beziehungsarbeit auch extensive Internet-Recherchen durchgeführt. Dafür wurden die verschiedenen Projekt-, Träger- und Förderebenen sowie die lokale Verortung nach Bundesländern zum Ausgangspunkt genommen, um sowohl geografische als auch inhaltliche Leerstellen zu minimieren. Voraussetzung war, dass die Akteur*innen in ihrer Tätigkeit mit dem Thema Rechtsextremismus in Berührung kommen könnten. Auf Grundlage dieser Recherche kontaktieren wir im Sommer 2023 über 1000 Projekte, Träger, Verbände, Bündnisse und Kollektiven mit der Bitte um Beantwortung unseres Online-Fragebogens. Der Fragebogen hatte einen Bearbeitungsumfang von 30-40 Minuten und wurde insgesamt 385 angefangen, am Ende konnten wir 223 vollständige Datensätze für die Auswertung heranziehen. Die Auswertung des Datensatzes erfolgte quantitativ-deskriptiv mit Hilfe des Programms SPSS für die geschlossenen Fragen und für einen Teil der halboffenen Fragen ausgewertet.

Unter dem Begriff Rechtsextremismus verstehen wir kein Randgruppenphänomen, sondern ein Phänomen, das sich auf die gesamte Gesellschaft bezieht.

Bevor wir thematisch in die Befunde einsteigen, möchten wir darauf hinweisen, dass wir den Begriff Rechtsextremismus als Oberbegriff verwenden. Dieser bezieht sich auf Ideologien, Strukturen, Einstellungen sowie Aktivitäten, die sich an einer Ideologie der Ungleichwertigkeit orientieren. Wir verstehen unter dem Begriff Rechtsextremismus ausdrücklich kein Phänomen an den gesellschaftlichen Rändern, sondern ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, das sich in unterschiedlichen Facetten und Formen zeigt.

Organisatorische Anbindung, Beschäftigungsverhältnis und Förderung

Im Fragebogen haben wir danach gefragt, in welchem Rahmen die Arbeit bzw. das Engagement der befragten Praxisakteur*innen im Themenfeld Rechtsextremismus stattfindet. Von den 219 Befragten, die diese Frage beantwortet haben, üben knapp 81% (177 Personen) ihre Tätigkeit in einer Organisation mit Rechtsform (z.B. Verein, Stiftung etc.) aus. Insgesamt 36 Personen (16%) engagieren sich in einer selbstorganisierten, aktivistischen oder zivilgesellschaftlichen

Gruppe und 3% (6 Personen) sind ohne Anbindung an eine Organisation oder Initiative im Bereich Rechtsextremismus aktiv. Keine der befragten Personen gab an, freiberuflich in diesem Bereich tätig zu sein. Hier zeigt sich, dass wir mit unserer Befragung überproportional professionalisierte Strukturen erreicht haben.

Der Löwenanteil der von uns befragten Praktiker*innen ist hauptberuflich in einen formalen organisatorischen Rahmen eingebunden. Nicht zu vernachlässigen ist jedoch, dass fast jeder fünfte Befragte sein Engagement selbstorganisiert, aktivistisch und/oder zivilgesellschaftlich ausübt.

Von den 177 Praktiker*innen, die in einer Organisation mit Rechtsform tätig sind, üben 91% (161 Praktiker*innen) ihre Tätigkeit bzw. ihr Engagement hauptberuflich aus, knapp 6% ehrenamtlich (10 Praktiker*innen) und etwas mehr als 3% nebenberuflich (6 Praktiker*innen). Wir haben die Praktiker*innen die ihr Engagement in einer Organisation mit Rechtsform ausüben, ebenfalls nach der Förderung der jeweiligen Projekte/Maßnahmen gefragt. (Mehrfachnennungen waren möglich). Insgesamt haben 172 Personen diese Frage beantwortet.

Die Projekte, die in einer organisierten Rechtsform eingelassen sind, werden in erster Linie durch „Demokratie leben“ bzw. das jeweilige Bundesland gefördert.

Mehr als 63,4% der Praktiker*innen (109 Personen) gaben an, dass ihre Projekte/Maßnahmen durch das Bundesprogramm „Demokratie leben“ bzw. durch das jeweilige Bundesland (51%, 87 Personen) gefördert werden. Knapp 17% (n=29) nannten die Kommune als Projektförderer. Dahingegen verwiesen 9% (n=16) auf Spenden und weniger als 5% (n=8) auf die Bundeszentrale für politische Bildung als Finanzierungsquelle für die Projekte und Maßnahmen. Das auf den ländlichen Raum bezogene Bundesprogramm "Zusammenhalt durch Teilhabe" wird von jeweils 4% (n=7) angegeben.

Tätigkeitsbereiche

Ein Schwerpunkt unserer Erhebung zielt auf die Tätigkeitsbereiche, in denen die Praktiker*innen ihre Arbeit bzw. ihr Engagement in Bezug auf das Thema Rechtsextremismus verorten. Auch bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich, allerdings beschränkt auf vier Tätigkeitsbereiche. Die Frage nach den Tätigkeitsbereichen wurde von 223 Personen beantwortet. Von diesen Personen nannten 136 (61%) die **politische Bildung** als Tätigkeitsfeld. Etwas mehr als 58% (129 Personen) rechnen ihr Engagement dem Bereich der **Rechtsextremismusprävention/-intervention** zu und 47% (105 Personen) dem Feld der **Demokratieförderung**. Die hohen prozentualen Zustimmungswerte zu den oben genannten Tätigkeitsfeldern verwundern nicht, da sie sich recht unspezifisch auf einen übergeordneten Tätigkeitsrahmen beziehen, in den die Praktiker*innen ihre spezifischen Aktivitäten einordnen können (siehe Abbildung 1).

Die Gedenk- und Erinnerungsarbeit nimmt eine herausragende Stellung auf der Ebene der spezifischen Tätigkeitsfelder ein.

Werfen wir einen Blick auf die spezifischen Tätigkeitsfelder, so fächert sich die Verteilung weiter auf und es zeigt sich die starke tätigkeitsbezogene Heterogenität der Praxislandschaft im Themenfeld Rechtsextremismus. Insgesamt ordnen 52 Personen (23,3%) ihre Arbeit bzw. ihr Engagement dem Tätigkeitsfeld

der **Gedenk- und Erinnerungsarbeit** zu. Dieser Tätigkeitsbereich umfasst neben der Erinnerung an den Holocaust und die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg auch die öffentliche Auseinandersetzung mit rechtsextremer Gewalt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Die hohe Bedeutung dieses Tätigkeitsbereichs lässt sich nicht zuletzt an den aktuellen Angriffen auf Politiker*innen aufzeigen. So weist Andreas Speit (2024) auf den Zusammenhang zwischen diesen Taten und dem Verharmlosen, Verdrängen und Vergessen des rechten Terrors in der Bundesrepublik hin. Uffa Jensen (2022) identifiziert das „aggressive Vergessen“ als das größte gesellschaftliche und politische Problem der Bundesrepublik (siehe hierzu auch Memo, 2020). Das konsequente Nicht-Erinnern-Wollen und Verdrängen der Dominanzgesellschaft von rechtsextremem Terror und Gewalt wie u.a. der Wehrsportgruppe Hoffmann, der rechtsextremen Brandanschläge der 1990er Jahre, der 30 Jahre später thematisierten rechten Gewalt nach der sogenannten Wende untergräbt und zerstört das demokratische Zusammenleben. Dies ermöglicht nicht nur die Morde des NSU-Komplexes und die rassistische Gewalt gegen migrantische Communities (Bozay et al., 2016, Demirtas, 2023, Dittrich & Manemann, 2024) und alle, die als vermeintliche Feinde markiert werden (siehe hierzu auch Memo, 2021), sondern bietet eben auch den Nährboden für die aktuellen Gewalttaten gegen Politiker*innen der letzten Monate.

Eine Erinnerungsarbeit jenseits routinisierter Betroffenheitsinszenierungen hat (insbesondere im Zusammenspiel mit den Bereichen, die unter Beobachten, Auswerten, Kontextualisieren und Berichten aufgeführt sind) das Potenzial, der Verharmlosung und Reduzierung rechtsextremen Terrors und rechtsextremer Gewalt auf Einzeltäter entgegenzuwirken. Vielmehr lenkt es den Blick auf rechte Bedrohungsallianzen (Heitmeyer, Freiheit & Sitzler, 2020) und damit auch auf die - trotz aller Dynamiken und Transformationen der extremen Rechten - Kontinuität des Verhältnisses zwischen rechtsextremem Terror, hoch politisierten und gewaltbereiten rechtsextremen Zusammenschlüssen, systemfeindlichen Milieus (z.B. Siedlerbewegungen, Reichsbürger*innen etc.), rechtspopulistischen Parteien sowie dem Vorrat der sogenannten Mitte an Einstellungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (siehe auch Borstel & Heitmeyer, 2012.)

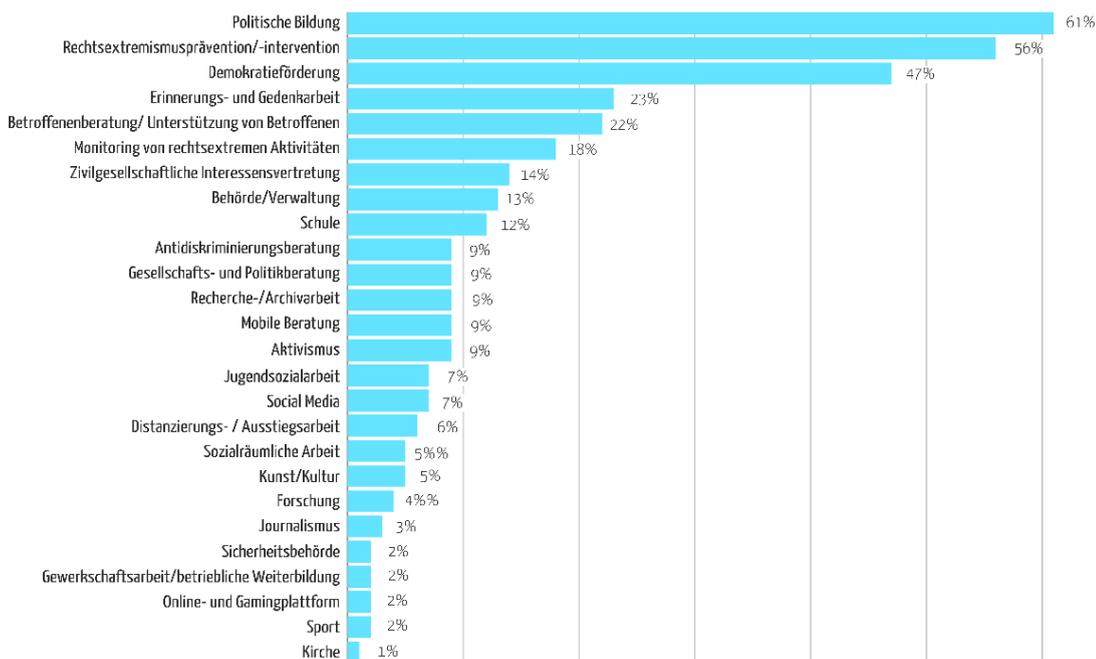


Abbildung 1 | Tätigkeitsbereich. In welchen Tätigkeitsbereichen verorten Sie Ihre Arbeit/Ihr Engagement mit Bezug zum Thema Rechtsextremismus hauptsächlich? Bitte nennen Sie uns maximal vier Bereiche. Mehrfachantworten möglich.

Wir haben in unserer Befragung insgesamt vier Beratungsfelder als Antwortmöglichkeiten angeboten. In unserem Befragungssample arbeiten bzw. engagieren sich 48 Personen (21,5%) im Tätigkeitsfeld der **Beratung und Unterstützung von Betroffenen rechtsextremer Bedrohung und Gewalt**. Dieses Beratungsangebot richtet sich an Menschen, die (gewalttätige) Bedrohungen aus rechtsextremen, rassistischen oder menschenfeindlichen Motiven erfahren haben, aber auch an deren Angehörige und Freunde, die in der Regel überwältigt sind von den vielen Fragen und Ängsten, die mit dem Erlebten einhergehen.

Unter den Beratungsfeldern ist die Beratung von Betroffenen rechtsextremer Gewalt und Bedrohungen besonders stark vertreten.

Daneben findet sich der Tätigkeitsbereich der **Mobilen Beratung**. Während die Betroffenenberatung ihren primären Bezugspunkt eher personenbezogen versteht, wendet sich die Mobile Beratung deutlich ausgeprägter an Organisationen und Institutionen (Schulen, Betriebe, Vereine etc.), aber auch an lokale Bündnisse und sonstige demokratisch-zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse.

Die Mobile Beratung bietet Unterstützung für alle, die sich mit Rechtsextremismus oder Rassismus auseinandersetzen wollen oder müssen. Ziel ist die (Wieder-)Herstellung von Handlungssicherheit. Dabei entwickelt die Mobile Beratung gemeinsam mit den Ratsuchenden mittel- und langfristige machtkritische Strategien und Netzwerke zum Umgang mit Problemen in den Themenfeldern Rechtsextremismus und Rassismus. Ähnlich wie die Opferberatung weist auch die Mobile Beratung in der Regel einen deutlich erkennbaren Sozialraumbezug auf. Demnach ist die mobile Beratung mit neuen gesellschaftlichen Konfliktfeldern konfrontiert, die lokalräumlich ausgehandelt werden. In diesem hochdynamischen Arbeitsfeld kommt es in der Beratung darauf an, gesellschaftliche Konfliktfelder und -konstellationen mit geschlechterreflektierenden, machtkritischen und intersektionalen Perspektiven zu berücksichtigen (Burghardt et al., 2024; Diedrich & Erxleben, 2024; Essers & Haas, 2024; Sigl, 2024; Warrach, 2024).

Von den 223 Personen, die Angaben zu ihrem Tätigkeitsfeld gemacht haben, gaben 9% (20 Personen) an, im Bereich der Mobilen Beratung tätig zu sein. In engem Zusammenhang mit diesen beiden Beratungsfeldern, aber als eigenständiges Beratungsfeld zu betrachten, steht die Antidiskriminierungsberatung.

Personen, die in der **Antidiskriminierungsberatung** tätig sind, bieten (Rechts-) Beratung und Begleitung für Menschen an, die aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Sprache diskriminiert werden. Ebenso unterstützen sie Institutionen und Organisationen bei der Entwicklung von Antidiskriminierungskonzepten, bieten Information und Sensibilisierung für Rassismus und Diskriminierung in Bildungseinrichtungen und Behörden. Gremien- und Netzwerkarbeit zur Stärkung der kommunalen, landes- und bundesweiten Antidiskriminierungsarbeit runden das Profil ab. Von den befragten Praktiker*innen zählten 21 Personen (9,4%) ihre Tätigkeiten zu diesem Bereich.

Neben diesen drei Beratungstätigkeiten konnten sich die Befragten auch für das Tätigkeitsfeld der **Gesellschafts- und Politikberatung** entscheiden. Hier geht es zum einen darum, Informationsdefizite von Verwaltung und Politik abzubauen. Zum anderen beschäftigt sich dieser Bereich mit den Auswirkungen politischer Entscheidungen in den Bereichen Demokratiewerke, politische Bildung und Prävention/Intervention im Bereich Rechtsextremismus. Insgesamt gaben 9,4% bzw. 21 Personen der befragten Praktiker*innen an, in diesem Feld tätig zu sein. Die Praktiker*innen konnten ihre Tätigkeit ebenfalls Bereichen zuordnen, die sich grob unter den Überschriften *Beobachten*, *Auswerten*, *Kontextualisieren* und *Berichten* zusammenfassen lassen. So widmen sich insgesamt 40 Personen (18%) in ihrer Arbeit bzw. ihrem Engagement dem **Monitoring der extremen**

Rechten und liefern wesentliche Erkenntnisse über deren aktuelle Entwicklungen, Themen, Strategien und Organisationsformen. Unter Rückgriff auf moderne Recherche- und Studiendesigns wird in diesem Bereich interdisziplinäre Expertise zum Thema gebündelt und adressatengerecht für Personen aus Politik, Medien, Verwaltung und Zivilgesellschaft bereitgestellt.

Im Vergleich ordnen sich die von uns befragten Praktiker*innen eher dem Tätigkeitsfeld des Monitorings als dem der Recherche-/Archivarbeit, der Berichterstattung und der wissenschaftlichen Wissensproduktion zu.

Die **Recherche- und Archivarbeit** verknüpft u.a. aktuelle Entwicklungen der extremen Rechten mit dem bereits vorhandenen Wissen über deren Strukturen, Netzwerke, Strategien und Ziele und aktualisiert und pflegt damit das gesellschaftliche Wissen über diesen Phänomenbereich. Sie leistet einen zentralen Beitrag zur gesellschaftlichen Selbstbeobachtung und ermöglicht wissenschaftliche Argumente für den Diskurs über die Gefährdung demokratischer Werte. In unserer Befragung gaben knapp 9% (20 Personen) der Befragten an, in diesem Bereich tätig zu sein.

Die Berichterstattung über Rechtsextremismus ist gerade in Zeiten von multiplen Krisen, Verschwörungstheorien, unsicheren Zukünften sowie Angriffen und Bedrohungen gegen die Berichterstattenden ein Eckpfeiler der demokratischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und zugleich mühsam und herausfordernd. In unserer Befragung gaben 6 Personen (2,7%) an, in diesem Bereich tätig zu sein. Wie bereits dargestellt, ist die Schaffung von Wissen über die extreme Rechte eine wesentliche Aktivität, um sich gegen die Unterwanderung und Ablehnung demokratischer Grundwerte zu wehren. Von den 223 Personen, die den Fragenkomplex zu den Tätigkeitsbereichen beantwortet haben, gaben 9 Personen (4%) an, im Bereich Rechtsextremismus zu forschen und damit Wissen nach wissenschaftlichen Kriterien zu produzieren.

In der Befragung hatten die Praktiker*innen die Möglichkeit, ihre Tätigkeit bestimmten Handlungsfeldern zuzuordnen. Sowohl aus den Selbstberichten der Praktiker*innen als auch aus der Wissenschaft wissen wir, dass dem Handlungsfeld Schule eine zentrale Rolle in der Demokratiewerke, der politischen Bildung sowie der Prävention/Intervention im Bereich Rechtsextremismus zugeschrieben werden kann. Außerhalb des Curriculums platzieren außerschulische Träger der Kinder- und Jugendhilfe ihre Angebote in Schulen und erhoffen sich dadurch, eine breite Zielgruppe zu erreichen. Unter dem Vorzeichen der Zusatzangebote geht es auch darum, Schulen und Lehrer*innen für das Thema zu sensibilisieren. Ein Blick auf Abbildung 1 zeigt, dass 27 Praktiker*innen (12%) ihre Tätigkeit(en) auf das Feld der Schule beziehen.

Für die demokratische Auseinandersetzung mit rechtsextremen Agitationen ist auch das Handlungsfeld der Behörden und der öffentlichen Verwaltung von Bedeutung. Die Entwicklung kommunaler Strategien gegen das gesamtgesellschaftliche Problem Rechtsextremismus erfordert ein vernetztes und koordiniertes Zusammenwirken von Kommunalpolitik, Verwaltung/Behörden und zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen. Nur so kann ein tragfähiges Gemeinwesen entstehen, das in der Lage ist, den komplexen Prozess unterschiedlicher Ansätze zielorientiert miteinander zu verzahnen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, öffentliche Verwaltungen und Behörden für das Thema Rechtsextremismus zu sensibilisieren und entsprechende Wissensbestände z.B. über aktuelle sozialräumliche Strategien, Ideologien, Begriffe und Codes der extremen Rechten bereitzustellen. In unserer Befragungssample gaben 28 Personen (13%) an, ihre Tätigkeit(en) dem Handlungsfeld Behörden und öffentliche Verwaltung zuzuordnen.

Die von uns Befragten ordnen sich eher den Handlungsfeldern Schule sowie Behörden und öffentliche Verwaltung zu. Praktiker*innen, die im Feld des Sports, der Kirche und/oder der Gewerkschaftsarbeit tätig sind, sind dagegen nicht so stark vertreten.

Dass rechtsextreme Positionen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in den Mainstream und damit auch in lebensweltliche Bereiche einsickern, ist im wissenschaftlichen und praxisorientierten Diskurs längst unbestritten. Vor diesem Hintergrund engagieren sich **auch die Kirchen** in ökumenischen Netzwerken für eine lebendige Demokratie sowie für Menschenrechte und wenden sich gegen das Einsickern rechtsextremer Ideologien. Nicht nur, aber vor allem im ländlichen Raum können sich Kirchen in enger Kooperation mit Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft erfolgreich gegen rechtsextreme Agitation und Einflussnahme zur Wehr setzen (Schneider, 2024). Mit Blick auf unsere Befragung zeigt sich, dass insgesamt drei befragte Praktiker*innen (1,3%) angaben, in diesem Feld tätig zu sein.

In den letzten Jahren und insbesondere vor dem Hintergrund der wirtschaftspolitischen Situation sind Unternehmen vermehrt in den Fokus rechtsextremer Agitation und Einflussnahme geraten. Ebenso zeigt sich laut Stöß (2017), dass zentrale Akteursgruppen der Gewerkschaftsarbeit, insbesondere Mitglieder aus der Unter- und Mittelschicht, empfänglich für rechtsextreme Sichtweisen, Ideologeme und autoritäre Überzeugungen sind. In diesem Zusammenhang weisen Zick und Mokros (2023) darauf hin, dass Gewerkschaftsmitglieder im Vergleich zu Nichtmitgliedern offener gegenüber rechtsextremen Einstellungen und Deutungsangeboten sind (ebd., S. 80). Der gewerkschaftlichen und betrieblichen Weiterbildung, die sich gegen rechtsextreme Sicht- und Handlungsweisen positioniert und für demokratische Verhältnisse eintritt, kann in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle zugeschrieben werden. In unserem Sample gaben 5 Personen (2,2%) an, in diesem Bereich tätig zu sein.

Dem Bereich **Sport**, ebenfalls ein zentraler und demokratiefördernder Lebensbereich (Delto et al., 2022), ordnen sich 4 Personen (1,8%) zu. Dem Handlungsfeld **Kunst und Kultur** ordnen sich 10 Personen (4,5%) zu. Es ist jedoch davon auszugehen, dass Kunst und Kultur hier eher als Mittel zum Zweck der politischen Bildung, der Demokratietarbeit und der Intervention/Prävention verstanden wird und weniger als Feld, auf das sich spezifische Maßnahmen beziehen.

Ein weiterer zentraler Baustein der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus liegt in der **Unterstützung, Stärkung und Weiterentwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen** der Demokratietarbeit, politischen Bildung und Prävention/Intervention im Bereich Rechtsextremismus. Insgesamt 14% (31 Personen) der 223 Praxisakteur*innen sehen ihre Arbeit und ihr Engagement in diesem Tätigkeitsbereich.

Im Diskurs von Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen sind soziale Medien und Gaming-Plattformen ein zentrales Thema. In unserer Befragung haben sich jedoch vergleichsweise nur wenige Praktiker*innen diesen Themenfeldern zugeordnet.

Soziale Medien sind die bevorzugten Medien zur Verbreitung rechtsextremer Ideologien und autoritärer Sichtweisen. Propaganda, Hetze und Falschnachrichten können über diese Formate ohne großen Aufwand, ohne nennenswerte Zugangsbarrieren und themenbezogen schnell an nahezu alle Altersgruppen adressiert und lebensweltnah vermittelt werden. Von den 223 Personen, die Angaben zu ihren Tätigkeitsfeldern gemacht haben, gaben 15 (7%) an, in diesem Bereich gegen Rechts aktiv zu sein. Ähnlich wie die extreme Rechte über die Strategie der Metapolitik versucht, Einfluss auf lebensweltliche Bereiche wie Arbeit, Sport,

Schule etc. zu nehmen, versucht sie neben den sozialen Medien auch den vorpolitischen Raum innerhalb der Gaming-Kultur zu besetzen. So ist in der Gaming-Szene eine rechtsextreme Subkultur entstanden, die nicht nur Gleichgesinnte vernetzt, sondern die schwer überschaubare Community auch zu Rekrutierungszwecken nutzt. In unserem Sample gaben insgesamt vier Personen (2%) an, in diesem Bereich der Online-/Gaming-Plattformen für demokratische Werte und gegen rechtsextreme Agitation aktiv zu sein.

Neben dem virtuellen Raum spielt der **soziale Raum** (Stadtteile, Nachbarschaften, Straßenzüge etc.) für den Rechtsextremismus und die Verbreitung seiner Ideologie eine besondere Rolle. Durch rechtsextreme Agitation und Einflussnahme werden öffentliche Räume, die als selbstverständlich und uneingeschränkt nutzbar gelten, für vermeintliche Feinde zu Räumen der Bedrohung, der Angst, der Traumatisierung und der Trauer. Gleichzeitig dienen derartig strukturierte Räume der extremen Rechten zur Aktualisierung ihrer kollektiven Identität. Die extreme Rechte schafft sich öffentliche Bühnen, auf denen sie Rekrutierungs- und Überzeugungsarbeit leistet. Gleichzeitig dienen diese Bühnen als Kulisse für ihre Auftritte im virtuellen und medialen Raum.¹ Obwohl dieses Wissen um die Verschränkung von Raumproduktionen und Rechtsextremismus zum allgemeinen Wissensrepertoire von Praktiker*innen und Wissenschaftler*innen gehört, weisen beide Akteursgruppen wiederholt darauf hin, dass diese Verschränkung sowohl in der Praxis als auch in der wissenschaftlichen Diskussion zu wenig Beachtung findet (Kurtenbach et al., 2024). Tabelle vier zeigt, dass in unserem Sample der Praktiker*innen im Feld Rechtsextremismus 11 Personen (5%) in der sozialräumlichen Arbeit tätig sind.

Die befragten Praktiker*innen haben sich vergleichsweise selten den zentralen Feldern des Sozialraums und der Jugendsozialarbeit zugeordnet.

Der Wandel und die Ausweitung rechtsextremer Erscheinungsformen und Praktiken stellen auch die Jugendsozialarbeit vor neue Herausforderungen. Die **Jugendsozialarbeit** reagiert auf die Dynamiken und Veränderungen mit einer Doppelstrategie. Zentral für diesen Tätigkeitsbereich ist die Verbindung von sozialräumlicher und jugendkultureller Demokratieförderung mit direkter Präventions- und Interventionsarbeit. Von den 223 Personen, die Angaben zu ihrem Tätigkeitsfeld gemacht haben, ordneten 16 (7%) ihre Arbeit bzw. ihr Engagement der Jugendsozialarbeit zu.

Die **Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit** stellt eine Möglichkeit dar, Personen aus der rechtsextremen Szene herauszulösen und gleichzeitig Ausstiegswillige zu unterstützen. Entsprechende Programme existieren seit Anfang der 2000er Jahre in zivilgesellschaftlicher und staatlicher Trägerschaft nebeneinander. Inzwischen werden Ausstiegsprogramme auf Länderebene nahezu flächendeckend angeboten (van de Wetering & Zick, 2018, S. 83f.; Tepper, 2024). Im Rahmen unserer Befragung gaben 14 Personen (6%) an, in diesem Bereich zu arbeiten bzw. sich zu engagieren.

An unserer Befragung haben insgesamt 19 Personen (knapp 9%) teilgenommen, die sich dem Tätigkeitsfeld **Aktivismus** zuordnen. Dieser Begriff bezieht sich auf ein Tätigkeitsfeld, das z.B. antifaschistische Bildungs-, Unterstützungs-, Beratungs- und Rechercharbeit umfasst. In unseren Workshops zur Vorbereitung der Befragung wurde von einigen Teilnehmenden auf die mangelnde Wertschätzung und Anerkennung dieser Arbeit hingewiesen. So wird der Beitrag fundierter Recherchen und Analysen zu Strukturen, Themen, Kampagnen und Strategien der extremen Rechten und ihrer Verflechtung mit der sogenannten Mitte der Gesellschaft gesellschaftlich übersehen. Gleichwohl ist diese Arbeit ein zentraler

1| Beispielhaft werden solche Raumnahmen in den Aktivitäten von „Die Rechten“ im Dortmunder Stadtteil Dorstfeld, aber auch in völkischen Siedlungsprojekten im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns sichtbar. Darüber hinaus stellt der Zugriff auf eigene Immobilien eine wichtige infrastrukturelle Grundlage extrem rechter Organisation dar.

Baustein bzw. liefert wesentliche Erkenntnisse für die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem gesamtgesellschaftlichen Phänomen Rechtsextremismus und seinen Dynamiken.

Abbildung 1 zeigt, dass insgesamt fünf Personen (etwas mehr als 2%) angeben, im Bereich der **Sicherheitsbehörden** tätig zu sein. Zu diesem Bereich zählen neben der Polizei auch die deutschen Nachrichtendienste. Beide Institutionen verfolgen sowohl repressive als auch präventive Ansätze. Während sich der sozialwissenschaftlich geprägte Diskurs zumeist an der konsensualen Definition des Wesens des Rechtsextremismus orientiert, ist für die Sicherheitsbehörden zumeist der Extremismusbegriff zentral. Auch wenn mittlerweile mit dem Feld der Hasskriminalität auch die Opfer rechtsextremer Gewalt in den Blick genommen werden, wird mit dem Extremismusbegriff eher eine Gegenüberstellung von Extremismus und demokratischem Verfassungsstaat vorgenommen. Dies wiederum begünstigt die Gleichsetzung verschiedener Extremismusphänomene (z.B. Rechts- und Linksextremismus). Mit dieser demokratische Realitäten negierenden Reproduktion des Hufeisens wird jedoch die seit mindestens zwei Jahrzehnten durch mehrere regelmäßig durchgeführte Studien bestätigte Erkenntnis negiert, dass Rechtsextremismus kein Rand-, sondern ein gesamtgesellschaftliches Phänomen ist und damit auch in den Institutionen der Sicherheitsbehörden auftritt (Bundesamt für Verfassungsschutz, 2022, 68f.).

Ziele der Arbeit bzw. des Engagements

In unserer Befragung haben wir auch einen Schwerpunkt auf die Ziele der Arbeit bzw. des Engagements gelegt. Wir haben die Praktiker*innen gebeten, uns die drei wichtigsten Ziele zu benennen (siehe Abbildung 2). Insgesamt haben 223 Praktiker*innen diesen Fragenkomplex durchlaufen. Dabei konnten sich die Praktiker*innen sowohl auf strukturbezogene als auch auf personenbezogene Ziele beziehen. Die meisten Ziele weisen jedoch in unterschiedlicher Ausprägung und Variation sowohl einen Struktur- als auch einen Personenbezug auf.

Die überwiegende Mehrheit der befragten Praktiker*innen verfolgt mit ihrem Engagement die Ziele **Stärkung demokratischer zivilgesellschaftlicher Strukturen, Aufklärung, Wissensvermittlung und Bildung**.

Gut 70% der Praktiker*innen sehen das Ziel ihrer Arbeit bzw. ihres Engagements in der **Stärkung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen**. Demgegenüber gaben 31 Personen (14%) an, dass sie sich für eine **gezielte Schwächung rechter Organisationen, Strukturen und Akteur*innen** engagieren. Für den Aufbau tragfähiger zivilgesellschaftlicher Strukturen, die auf demokratischen Prinzipien basieren, bedarf es politisch und administrativ gestützter Rahmenbedingungen. Von den 223 Befragten verfolgen 50 Praktiker*innen (22%) das Ziel, **auf Politik und Verwaltung einzuwirken** und diese zum Handeln anzuregen. Ebenso wichtig ist es, Einzelpersonen, Bündnisse, Vereine etc. in ihrer **Selbstorganisation zu unterstützen**. Dieses Ziel verfolgen 37 Praktiker*innen (knapp 17%) in ihrer Arbeit und ihrem Engagement (Abbildung 2).

Auf die zentrale Bedeutung von Wissen für die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten und die Stärkung demokratischer Formen des Zusammenlebens wurde bereits im vorangegangenen Abschnitt hingewiesen. Vor diesem Hintergrund verwundert es auch nicht, dass 153 Praktiker*innen (knapp 69%) angeben, dass sie in der **Wissensvermittlung, Aufklärung und Bildung** ein wesentliches Ziel ihrer Arbeit und ihres Engagements sehen.

Vor dem Hintergrund der hohen Bedeutung sozialer Medien für die Verbreitung

(emotional aufgeladener) rechtsextremer Sichtweisen und Ideologeme ist es wichtig, die **individuelle Medienkompetenz** zu stärken. Dieses Ziel visieren insgesamt 14 Praktiker*innen (6%) an.

Insgesamt 22 Praktiker*innen (knapp 10%) legen einen Fokus ihrer Arbeit und ihres Engagements auf die individuelle Loslösung von rechtsextremen Strukturen und Ideologien. Diese Zielsetzung bezieht sich sowohl auf die gezielte Schwächung rechtsextremer Strukturen, die Stärkung demokratischer Strukturen und insbesondere auf die individuelle Unterstützung und Begleitung von Ausstiegswilligen.

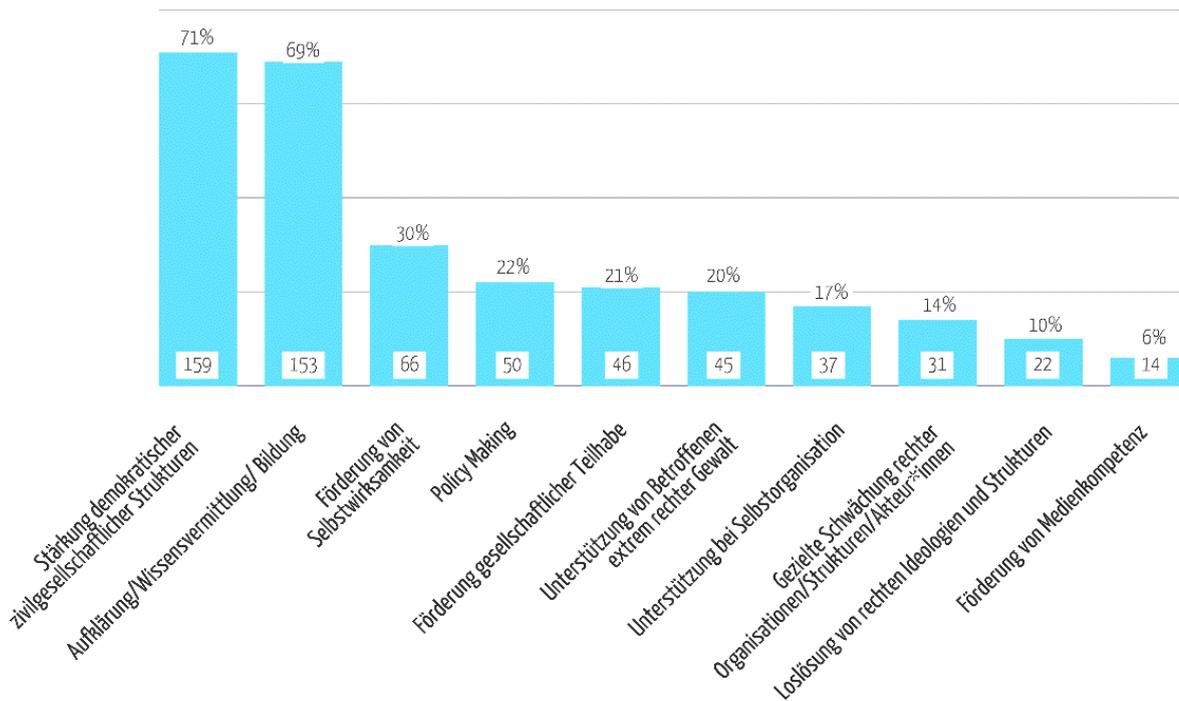


Abbildung 2 | Wichtigste Ziele. Was sind aus Ihrer Sicht die wesentlichen Ziele Ihrer Arbeit/Ihres Engagements mit Bezug zum Thema Rechtsextremismus? Bitte nennen Sie uns die drei wichtigsten Ziele. Mehrfachantworten möglich.

Von den 223 Praktiker*innen streben 157 Personen (70%) danach, **sowohl Einzelpersonen als auch Gruppierungen und Kollektive zu unterstützen und zu fördern**. Die freiwillige und unfreiwillige Auseinandersetzung mit rechtsextremen Bedrohungen und Agitationen stellt hohe Anforderungen an Einzelpersonen und Gruppen und erfordert professionelle Unterstützung und Beratung. Dies gilt insbesondere, aber nicht nur, für Personen und Gemeinschaften, die von Rechtsextremen als vermeintliche Feinde markiert, bedroht und gewalttätig angegriffen wurden. Jede/r Fünfte der Praktiker*innen (45 Personen) orientiert sich in seiner Arbeit und seinem Engagement an dem Ziel der **Unterstützung von Betroffenen extrem rechter Gewalt**. In diesem Zusammenhang lassen sich durchaus auch die Ziele der Förderung der inneren Überzeugung, schwierige oder herausfordernde Situationen gut bewältigen zu können (Selbstwirksamkeit) sowie der Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe verorten. Zugleich weisen diese Ziele über den spezifischen Kontext hinaus. Die **Förderung von Selbstwirksamkeit** und gesellschaftlicher Teilhabe sind gleichermaßen relevant für Menschen, die sich für demokratische Verhältnisse und gegen rechtsextreme Einflussnahme engagieren und/oder als vermeintlich schwache Gruppen mit Barrieren gesellschaftlicher Teilhabe konfrontiert sind. Nahezu jede/r Dritte der 223 Praktiker*innen strebt in der Arbeit und im Engagement das Ziel der Förderung von Selbstwirksamkeit an. Jede/r Fünfte richtet Arbeit und Engagement auf das Ziel der **Förderung gesellschaftlicher Teilhabe** aus.

Aspekte des Rechtsextremismus

Am Ende des Shortreports widmen wir uns den Aspekten des Rechtsextremismus, die in der Arbeit und im Engagement der Praktiker*innen häufig eine Rolle spielen. Auf diesen Fragekomplex haben 210 Praktiker*innen geantwortet. Anhand der Abbildung 3 lässt sich feststellen, dass die aufgeführten Aspekte in den Gruppen *Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF)*, *Erscheinungsformen von Rechtsextremismus* und *Handlungsebene der extremen Rechten* zusammengefasst werden können.

Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit spielen in der Arbeit der Befragten häufig eine Rolle. Es zeigt sich, dass für einen großen Teil der Befragten der Aspekt Rassismus ein zentrales Thema in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus darstellt.

In den Antwortkategorien finden sich insgesamt 7 Elemente, die ebenfalls dem GMF-Syndrom zugeordnet werden können. Dies muss jedoch nicht unbedingt bedeuten, dass die aufgeführten Elemente sich auch auf die wissenschaftliche Begriffsdefinition beziehen müssen. So verstehen die Autor*innen der Mittelstudie unter dem Begriff "Rassismus" einen traditionell-biologischen Rassismus und grenzen ihn dabei von einem kulturellen Rassismus ab, wie er z.B. in Fremdenfeindlichkeit und Muslimfeindlichkeit enthalten sein kann (Zick et al., 2019, S. 58f.). Die beiden letztgenannten Elemente haben wir in unserer Befragung nicht aufgeführt. Der in der Befragung verwendete Begriff umfasst beide Formen von Rassismus und ist in dieser Hinsicht etwas unscharf. Es zeigt sich, dass bei nahezu 80% der 210 Praktiker*innen (167 Personen) der Aspekt **Rassismus** eine Rolle in ihrer Arbeit und ihrem Engagement spielt. Insgesamt geben 129 Praktiker*innen (etwas mehr als 61%) an, dass die **Feindlichkeit gegen Asylsuchende** bei ihrer Tätigkeit ein Thema ist. Dieser Aspekt des Rechtsextremismus besitzt eine eindeutige Nähe zum GMF-Element der Abwertung asylsuchender Menschen und bezieht sich auf eine feindselige Haltung gegenüber Menschen, die vertrieben wurden und/oder geflüchtet sind und in Deutschland Schutz und Asyl suchen. Nahezu 60% (125 Praktiker*innen) verweisen darauf, dass **Antisemitismus** in ihrer Arbeit und ihrem Engagement relevant ist. Analog zur Mittelstudie bezieht sich dieser Begriff auf klassischen, sekundären und israelbezogenen Antisemitismus (ebd., S. 60). Insgesamt 45 der Praktiker*innen (21%) geben an, dass die **Abwertung von Rom*nja und Sint*ezza bzw. Antiziganismus** häufig einen relevanten Platz in ihrer Arbeit einnimmt.

Im wissenschaftlichen Diskurs herrscht Konsens darüber, dass Antifeminismus, Sexismus sowie die Abwertung von Homosexuellen und Trans*Menschen theoretisch und empirisch eng miteinander verbunden sind. Diese Abwertungselemente können als Heterosexismus bzw. als Ablehnung von Menschen verstanden werden, die heterosexuellen Geschlechternormen nicht entsprechen (ebd., S. 61f.). Während im GMF-Syndrom diese Abwertungen von unterschiedlichen Menschengruppen getrennt enthalten sind, fassen wir diese Gruppierungen in einer Antwortkategorie zusammen. Demnach schreiben 53% bzw. 111 Praktiker*innen **Antifeminismus, Queerfeindlichkeit und Sexismus** eine Relevanz in ihrer Arbeit und ihrem Engagement zu. Analog zur Mittelstudie wurde auch der Aspekt der Abwertung von Menschen mit körperlichen oder psychischen Beeinträchtigungen als Antwortkategorie aufgenommen (ebd., S. 63). Von den 221 Praktiker*innen haben 24 (11%) angegeben, dass die **Abwertung von behinderten Menschen** häufig einen thematischen Schwerpunkt in ihrer Tätigkeit darstellt.

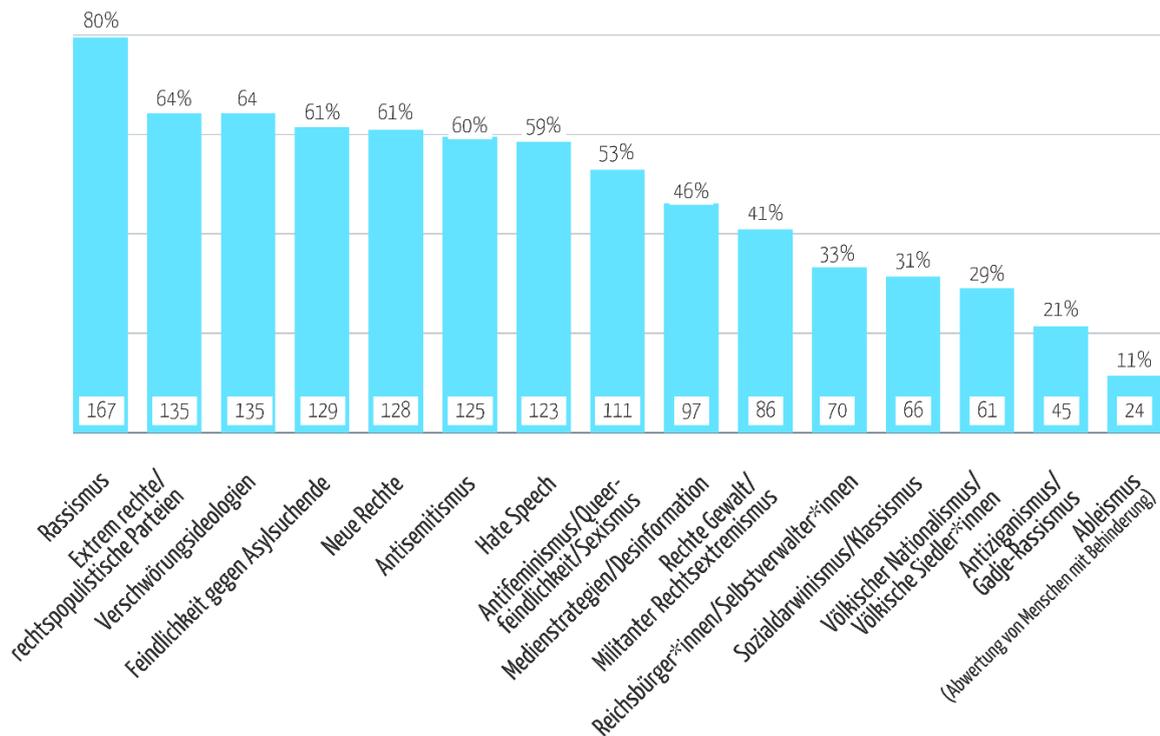


Abbildung 3 | Häufige Aspekte. In welchem Ausmaß spielen folgende Aspekte in Ihrer Arbeit/Ihrem Engagement eine Rolle?

Auswahlmöglichkeit zwischen „Nie“, „Gelegentlich“, „Häufig“ und „Keine Angabe“.

Das GMF-Element der Etabliertenvorrechte bezieht sich auf eine Vormachtstellung von Menschen, die sich selbst innerhalb der bürgerlichen und gesellschaftlichen Ordnung einen vermeintlich festen und sicheren Platz zuschreiben bzw. zugeschrieben wird gegenüber als Außenseiter markierten Personen (ebd., S.63). In unserer Befragung haben wir statt Etabliertenvorrechte die Begriffe **Sozialdarwinismus und Klassismus** verwendet. Hiermit thematisieren wir ebenfalls Vorstellungen von Über- und Unterordnungen, die als naturgegeben gerechtfertigt (Sozialdarwinismus) erscheinen und die Abwertung von bestimmten Menschen aufgrund ihres zugeschriebenen niedrigen Status legitimieren (Klassismus). Bei 31% bzw. 66 Praktiker*innen spielt dieser Aspekt der Abwertung häufig eine Rolle in ihrer Arbeit und ihrem Engagement.

Nicht erst während der Corona-Protteste sowie dem immer noch anhaltenden Demonstrationsgeschehen zeigen sich Teile der Bürgerschaft Seite an Seite mit offen rechtsextremen Gruppierungen, der AfD, Reichsbürger*innen, Querdenker*innen und Identitären. Rechtsextremismus hat viele Ausprägungen und transformiert sich mit den Dynamiken und Krisen pluralistischer und demokratischer Gesellschaften in neue Erscheinungsformen. Diese Erscheinungsformen weisen trotz aller vermeintlichen Abgrenzungen deutliche Überlappungen auf und gehen nicht selten fließend ineinander über. Dabei fungiert das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindschaft bzw. die darin enthaltene Ideologie der Ungleichwertigkeit als Scharnier zwischen verschiedenen Formen der extremen Rechten und der sogenannten Mitte der Gesellschaft.

Auch wenn rechtsextreme Parteien wie die NPD, die Rechte oder der III. Weg nahezu unbedeutende Wahlergebnisse erzielen, dürfen diese Parteien und ihre Strukturen selbst nicht als unbedeutend angesehen werden. Es handelt sich nicht nur um offen systemfeindliche Strukturen und Zusammenschlüsse, die sich positiv auf Nationalsozialismus und Faschismus beziehen. Zugleich bieten die vorhandenen Strukturen ein nicht zu unterschätzendes Potenzial für die Vernetzung des gewaltbereiten Neonazismus (Tutino & Niedermeyer, 2024). Daneben haben sich im letzten Jahrzehnt rechtspopulistische Parteien erfolgreich im

Niemandsländ zwischen bürgerlich-konservativen und rechtsextremen Parteien etabliert. Mit ihrer doppelten Abgrenzung „Volk“ vs. „Elite“ sowie „Wir“ vs. „die Fremden“ richten sie sich gegen die offene, pluralistische und demokratische Gesellschaft und überschneiden sich mit Strukturen der extremen Rechten und der sogenannten „Mitte“ der Gesellschaft.

Nach wie vor spielen rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in der Arbeit der Praktiker*innen häufig eine Rolle. Aber auch andere Erscheinungsformen der extremen Rechten sind ein zentrales Thema des Engagements.

Insgesamt 135 von 210 Praktiker*innen (64%) berichten, dass **extrem rechte und rechtspopulistische Parteien** häufig Gegenstand ihrer Tätigkeiten sind (siehe Abbildung 3). Darüber hinaus zeigt sich, dass 61% der Praktiker*innen (128 Personen) sich in ihrer Tätigkeit und ihrem Engagement häufig mit dem Thema der **Neuen Rechten** und ihrem vermeintlich intellektuellen, tatsächlich aber antidemokratischen ethnopluralistischen Diskurs auseinandersetzen. Bei jeder*m dritten Praktiker*in (70 Personen) spielt das Thema der **Reichsbürger*innen und Selbstverwalter*innen** häufig eine Rolle. Dieses vergleichsweise noch junge Phänomen ist eng mit dem Rechtsextremismus verwoben und greift auf eine lange Tradition antisemitischer und verschwörungsideologischer Denkmuster zurück. Reichsbürger*innen und Selbstverwalter*innen lehnen die Legitimität und Souveränität der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Institutionen ab. Gleichzeitig rechtfertigt die in der Szene verbreitete Vorstellung, die Welt befinde sich in einem Kampf zwischen Gut und Böse, die Anwendung von Gewalt und gewaltsame Angriffe auf die staatliche Ordnung (Rathje, 2014; Bundeszentrale für politische Bildung, 2022; Dittrich & Manemann, 2024).

Die **völkischen Siedler** sind in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus des Verfassungsschutzes und der Medien geraten. Auch in unserem Sample beschäftigen sich rund 30% der Praktiker*innen häufig mit diesem Aspekt des Rechtsextremismus. Unter dem Deckmantel ökologischer Versprechungen vertritt und verbreitet diese Bewegung nationalistische, antisemitische, rassistische und homophobe Ansichten. Eng mit rechtsextremen Strukturen verwoben und nicht selten auf das Gedankengut der Anastasia-Bewegung zurückgreifend, geben sich völkische Siedler*innen naturnah und ökologisch, versuchen aber letztlich eine rechtsextreme Vorstellung von Volk und Nation umzusetzen (Boeselager, 2024).

Für deutlich mehr als die Hälfte der befragten Praktiker*innen spielt Hate Speech in ihrer Arbeit bzw. ihrem Engagement häufig eine Rolle.

Neben den genannten Aspekten des Rechtsextremismus wurde auch nach Aspekten auf der **Handlungsebene** gefragt. Von den 210 Praktiker*innen berichteten 86 (41%), dass sie sich in ihrer Arbeit und ihrem Engagement häufig mit **rechter Gewalt und Militanz** auseinandersetzen. Unter rechter Gewalt fassen wir Gewalt, die auf der Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen basiert. Rechte Gewalt kann auch von Personen ausgeübt werden, die sich selbst nicht als rechtsextrem bezeichnen oder in rechtsextremen Zusammenhängen verorten.

Verschwörungsideologien erleben insbesondere im Gefolge von Terroranschlägen mit globalem Ausmaß oder im Zuge globaler Krisen Hochkonjunktur. Sie bieten einfache und oft als entlastend empfundene Erklärungen für komplexe gesellschaftliche Entwicklungen und Zusammenhänge. Häufig basieren Verschwörungsideologien auf antisemitischen Inhalten. Daneben versuchen Rechtspopulist*innen und Rechtsextreme durch **Hate Speech** Einzelne oder Gruppen abzuwerten, ihre Würde zu verletzen und sie einzuschüchtern. Hate

Speech ist, laut der Amadeu Antonio Stiftung (2023), 'gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die sich in gewalttätiger Sprache äußert'. Bei knapp 60% der Praktiker*innen (123 Personen) spielt Hate Speech häufig eine Rolle in ihrer Tätigkeit.

Nahezu alle Medien werden zur Verbreitung von Verschwörungsideologien und Hate Speech und damit zur rechtsextremen Einflussnahme und Mobilisierung genutzt. Über verschiedenste Online- und klassische Medienkanäle verbreitet die extreme Rechte ihre Narrative, versucht gesamtgesellschaftliche Diskurse sowie die Grenzen des Sagbaren zu verschieben und betreibt so ihr menschenfeindliches Agendasetting. Abbildung drei zeigt, dass sich 97 Praktiker*innen (46%) in ihrer Arbeit und ihrem Engagement häufig mit **Medienstrategien und Desinformation** der extremen Rechten auseinandersetzen.

Resümee

Bei unserer Online-Befragung von Praxisakteur*innen im Feld Rechtsextremismus haben wir auf einen selbst erstellten Verteiler von Praxisakteur*innen zurückgegriffen. Bei der Zusammenstellung des Verteilers ging es zunächst darum, die Breite der Praxisakteur*innen abzubilden. Neben Akteur*innen bzw. Maßnahmen und Projekten, die in einer organisatorischen Rechtsform eingebunden sind, war es uns ein Anliegen, gerade auch aktivistische und zivilgesellschaftliche Bündnisse, Zusammenschlüsse und Projekte mit unserer Befragung zu erreichen. Dieses Ziel haben wir erreicht und fast jede*r fünfte Praktiker*in in unserer Stichprobe ist nicht in einer organisatorischen Rechtsform gegen Rechtsextremismus aktiv bzw. engagiert. Dies war auch deshalb möglich, weil wir die von uns kontaktierten Organisationen, Projekte und Personen gebeten haben, die Einladung zur Teilnahme an der Befragung innerhalb ihrer Netzwerke weiterzuleiten. Die von uns erhobene Stichprobe ist somit auch das Ergebnis eines Schneeballverfahrens. Damit erreichen wir zwar auch „Populationen“, die nicht so leicht zu erreichen sind. Gleichzeitig führt das von uns angewandte Verfahren aber auch zu Verzerrungen in der Stichprobe. So bildet unsere Befragung professionalisierte Strukturen überproportional ab. Die hier vorgestellten Ergebnisse sind daher auch nicht repräsentativ.

Gleichwohl haben wir in unserem Bericht einige diskussionswürdige Befunde herausgearbeitet und verstehen das von uns erstellte Zahlenwerk als Medium, um mit Praktiker*innen aus dem Themenfeld Rechtsextremismus über die Zahlen, ihre Einordnungen und Kontextualisierungen ins Gespräch zu kommen. Insbesondere interessieren wir uns dafür, wie unterschiedliche Praktiker*innen aus dem Feld die dargestellten Beziehungen zwischen den Tätigkeitsfeldern, den Zielen des Engagements und den Aspekten von Rechtsextremismus bewerten und einordnen. So interessiert uns z.B. in Bezug auf die aufgeführten Tätigkeitsfelder, ob die Beratung von Betroffenen rechtsextremer Gewalt im Vergleich zu anderen Beratungstätigkeiten tatsächlich stärker vertreten ist. Ebenso können wir uns vorstellen zu diskutieren, ob die Tätigkeitsfelder Sport, Kirche und/oder Gewerkschaftsarbeit im Vergleich zu den Feldern Schule, Behörden und öffentliche Verwaltung weniger stark in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus vertreten sind. In eine ähnliche Richtung geht die Frage, ob und wie die eher seltene Zuordnung der Praktiker*innen zum Handlungsfeld Online- und Gaming-Plattformen möglicherweise mit dem Scheitern des rechtsextremen Metaprojekts zusammenhängt, mittels ideologischer Kulturprodukte auf die Gaming-Community einzuwirken (Heider & Lux, 2024).

Ein Austausch mit Menschen, die sich in unterschiedlichen Formen und mit unterschiedlichen Motivationen, Zielen und Schwerpunkten gegen Rechtsextremismus engagieren, würde uns nicht nur helfen, die erhobenen Zahlen besser einordnen zu können. Zugleich ergibt sich die Möglichkeit, jenseits aller Zahlen

mehr darüber zu erfahren, wie im Feld der Praktiker*innen auf Dynamiken und Entwicklungen der extremen Rechten reagiert und verhandelt wird, welche Themen gesetzt, bearbeitet und befördert werden. Eng damit verbunden ist auch die Frage nach den Prozessen, der Produktion von Wissen über die extreme Rechte, der Entwicklung von Maßnahmen, Projekten und Programmen. Dies würde uns nicht nur tiefere Einblicke in die Arbeit und das Engagement des heterogenen Feldes der Praktiker*innen ermöglichen, sondern auch unsere Erhebungsinstrumente sowohl in Bezug auf die Entwicklung der extremen Rechten als auch auf den Umgang der Praktiker*innen mit dieser Dynamik unterstützen. In diesem Zusammenhang ist uns beispielsweise aufgefallen, dass wir der Verflüssigung des Rechtsextremismus in unserem Instrument durchaus Rechnung tragen. Dennoch orientieren wir uns mit unseren Antwortkategorien eher an den klassischen Organisations- und Ausdrucksformen der extremen Rechten. Damit haben wir den neuen Kommunikationsformen und Verhaltensweisen nicht ganz den Stellenwert eingeräumt, der ihnen gebührt. Auch um diese Formen, die eher als Identitätsverhandlungen und Kulturkampf über popkulturell gefärbte Memes geführt werden (Schmidt, 2021, 2022, Fielitz, 2024, Lüdecke, 2024) besser in den Blick zu bekommen, suchen wir den Dialog mit den Akteur*innen in der politischen Bildung, Demokratiewerk und Prävention/Intervention im Themenfeld Rechtsextremismus.

Literaturverzeichnis

- Amadeu Antonio Stiftung.(2023). *Was ist Hate Speech? - Amadeu Antonio Stiftung*.
<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/digitale-zivilgesellschaft/was-ist-hate-speech>
- Borstel, D.,& Heitmeyer, W. (2012). Menschenfeindliche Mentalitäten, radikalisierte Milieus und Rechtsterrorismus. In Malthaner, S. & Waldmann, P. (Hrsg.), *Das soziale Umfeld terroristischer Gruppen* (S.339-368). Campus
- Bozay, K., Aslan, B., Mangitay, O. & Özfirat, F. (2016). *Die haben gedacht, wir waren das: MigrantInnen über rechten Terror und Rassismus*. Neue kleine Bibliothek: Vol. 228. PapyRossa Verlag.
- Bundesamt für Verfassungsschutz. (2022). *Publikationen - Lagebericht „Rechtsextremisten, ‚Reichsbürger‘ und ‚Selbstverwalter‘ in Sicherheitsbehörden“*. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/rechtsextremismus/2022-05-lagebericht-rechtsextremisten-reichsbuerger-und-selbstverwalter-in-sicherheitsbehoerden.html>
- Bundeszentrale für politische Bildung (2022). *Reichsbürgerbewegung*. Bundeszentrale Für Politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500825/reichsbuergerbewegung/>
- Burghardt, J., Eder, J. & König, J. (2023). „Methodisch unterwegs“ Ein Methodenspiel für die menschenrechtsorientierte Beratung. In Mayer, M., Lehnert, E.,& Bringt, F. (Hrsg.), *Beratung zu Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung: Konzepte – Herausforderungen – intersektionale Perspektiven*. (S. 130–142). Beltz Juventa.
- Delto, H. & Zick, A. (2022). *Vereinssport in rechtsextremer und menschenfeindlicher Gesellschaft*. In Zick, A. & Küpper, B. (Hrsg.), *Die geforderte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland* (S.130-140). Dietz.
- Demirtas, B. (2023). *Solingen, 30 Jahre nach dem Brandanschlag: Rassismus, extrem rechte Gewalt und die Narben einer vernachlässigten Aufarbeitung*. transcript.
- Diedrich, M. & Erxleben, P. (2023). *Beratungsbedarf im umkämpften Terrain Mobile Beratung, sozialer Konflikt und Corona-Protteste*. In Mayer, M., Lehnert, E. & Bringt, F. (Hrsg.), *Beratung zu Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung: Konzepte – Herausforderungen – intersektionale Perspektiven*. (S. 143-155). Beltz Juventa.
- Dittrich, M. & Manemann, T. (2024, May 16). *Im Wandel der Zeit: Datenbank zum Rechtsterrorismus in Deutschland seit dem NSU*. <https://cemas.io/publikationen/terror-seit-nsu/>
- Essers, K. & Haas, J. (2023). *Muss Mobile Beratung feministisch sein? Antifeminismus als Beratungsgegenstand und die Auswirkungen auf geschlechterreflektierte Beratungsarbeit*. In Mayer, M., Lehnert, E. & Bringt, F. (Hrsg.), *Beratung zu Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung: Konzepte – Herausforderungen – intersektionale Perspektiven*. (S. 156–169). Beltz Juventa.

- Fielitz, M. (2024). Rechtsextremismus als Meme - Impulse für eine digitale Rechtsextremismusforschung. <https://wi-rex.de/blog-digitale-rechtsextremismusforschung/>
- Heider, M. & Lux, D. (2024). Hass, Pixel und Metapolitik - Wie Rechtsextreme in Deutschland daran scheitern, Anschluss an die Gaming-Szene zu finden. <https://wi-rex.de/blog-rechtsextremismus-und-gaming/>
- Heitmeyer, W., Freiheit, M. & Sitzer, P. (2020). Rechte Bedrohungsallianzen: Signaturen der Bedrohung II. Suhrkamp Verlag.
- Jensen, U. (2022). Ein antisemitischer Doppelmord: Die vergessene Geschichte des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik. Suhrkamp.
- Boeselager, F. (2024). Völkische Siedler. Bundeszentrale Für Politische Bildung. <https://www.bpb.de/mediathek/audio/311394/voelkische-siedler/>
- Kurtenbach, S., Linßer, J., Weitzel, G. & Zick, A. (2024). Wieso ein sozialräumlicher Blick auf die Erklärung von Radikalisierung notwendig ist. Sozialmagazin 3-4/2024. Advance online publication.
- Lüdecke, R. (2024). Sylt: Wie ein Partysong zum rassistischen Meme geworden ist. <https://www.belltower.news/sylt-wie-ein-party-song-zum-rassistischen-meme-geworden-ist-155719/>
- Papendick, M., Rees, J., Scholz, M. & Zick, A. (2021). Memo: Multidimensionaler Erinnerungsmonitor, Studie IV. https://www.stiftung-evz.de/assets/1_Was_wir_f%C3%B6rdern/Bilden/Bilden_fuer_lebendiges_Erinnern/MEMO_Studie/MEMO_4_2021/EVZ_Studie_MEMO_2021_dt.pdf
- Rathje, J. (2014). »Wir sind Wieder da« Die »Reichsbürger«: Überzeugungen, Gefahren und Handlungsstrategien. Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.), Initiativen für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur. Litho.
- Sigl, J. (2023). Herstellung und Bedeutung von Geschlecht in der Rechtsextremismusberatung. In Mayer, M., Lehnert, E. & Bringt, F. (Hrsg.), Beratung zu Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung: Konzepte – Herausforderungen – intersektionale Perspektiven. (S. 170-181). Beltz Juventa.
- Schmidt, J. M. (2021). Saving Heroism in the Online Sphere: The Heroic in Far-Right Internet Memes. <https://escholarship.org/uc/item/3zd6f7g9#main>
- Schmidt, J. M. (2022). »Noooo You Can't Just Vaporize My Entire Armored Division« - Extrem rechte Meme-Reaktionen auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. In Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (Hrsg.), Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten (S. 394-367). psychosozialverlag.
- Schneider, V. (2023). Deutschland rechts außen? Feinschwarz.Net. <https://www.feinschwarz.net/deutschland-rechts-aussen/>
- Schnitzer, S. (2024, April 23). Pressekonferenz und Veröffentlichung der Trendstudie „Jugend in Deutschland 2024“. <https://simon-schnitzer.com/blog/jugend-in-deutschland-2024-veroeffentlichung-der-trendstudie/>
- Speit, A. (2024). Angriffe auf Politikerinnen: Bedrohungsallianz von rechts. <https://taz.de/Angriffe-auf-Politikerinnen/!6006968/>
- Stöß, R. (2017). Gewerkschaften und Rechtsextremismus in Europa. In Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Projekt gegen Rechtsextremismus. Bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

- Tepper, S. (2024). Ein Weg aus dem Rechtsextremismus. Bundeszentrale Für Politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/546159/ein-weg-aus-dem-rechtsextremismus/>
- Tutino, C. & Niedermeier, A. (2024). Rechtsextremismus als Herausforderung für Sicherheitsbehörden. Bundeszentrale Für Politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/542863/rechtsextremismus-als-herausforderung-fuer-sicherheitsbehoerden/>
- van de Wetering, D. (2024). Wenn Wissenschaft und Praxis im Bereich Rechtsextremismus miteinander auf Tuchfühlung gehen. Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, 1(24), S. 156-162.
- van de Wetering, D. & Zick, A. (Hrsg.). (2018). Polizei + Forschung: Band 52. Soziale Formen von Gruppendruck und Einflussnahme auf Ausstiegswillige der "rechten Szene": Eine qualitative Studie zur Identifizierung ausstiegshemmender Faktoren. Bundeskriminalamt.
- Zick, A., Berghan, W. & Mokros, N. (2019). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2018/19. In Zick, A., Küpper, B. & Berghan, W. (Hrsg.), Verlorene Mitte. Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19 (S. 53-116). Dietz.
- Zick, A. & Mokros, N. (2023). Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. In Zick, A., Küpper, B. & Mokros, N. (Hrsg.), Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland (S. 53-90). Dietz.
- Zick, A., Rees, J., Papendick, M. & Wäschle, F. (2020). Memo: Multidimensionaler Erinnerungsmonitor, Studie III. https://www.stiftung-evz.de/assets/4_Service/Infothek/Publikationen/EVZ_Studie_MEMO_2020_dt_Endfassung.p

Impressum

Wissenschaft und Praxis im Dialog.
Veröffentlicht 2024

Autor*innen:

Denis van de Wetering, Ellen Schwind, Jonas Dau

Herausgeber*innenschaft:

Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung (Wi-REX)
Das Wi-REX ist ein Verbundprojekt des Instituts für interdisziplinäre
Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld, des Kom-
petenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung
(KReDo) der Universität Leipzig, des Instituts für Demokratie und Zivilge-
sellschaft (IDZ) Jena und des SO.CON – Institut für Forschung und Ent-
wicklung in der Sozialen Arbeit der Hochschule Niederrhein.

wi-rex.de

Durchführung:

Institut Social.Concepts (So.Con)
Hochschule Niederrhein
Schwalmstraße 301,
41238 Mönchengladbach

hs-niederrhein.de/socon

Gestaltung/Layout:

Louis Hay

Lektorat:

Ulrike Rogat

DOI: 10.4119/unibi/2991142



Soweit nicht anders angegeben, wird diese
Publikation unter der Lizenz Creative Com-
mons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbei-
tungen 4.0 International (CC BY-NC-ND) veröffentlicht. Wei-
tere Informationen finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de> und <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode.de>

Das diesem Bericht zugrunde liegende Vorhaben wurde mit
Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung
unter dem Förderkennzeichen 01UG2220 gefördert. Die
Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt
bei den Autor*innen.

GEFÖRDERT VOM



**Bundesministerium
für Bildung
und Forschung**